

c) Beispiel für die Schwierigkeiten einer Einladung einer Delegation aus Rowenki mit ehemaligen Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen nach Dornbirn (22. – 26. Juni 2008)

Am 25. März 2008 unterschrieb der Dornbirner Bürgermeister Dipl. Ing. Wolfgang Rümmele (ÖVP) eine Einladung an eine elfköpfige Delegation aus Rowenki. An der Spitze der Eingeladenen steht der Bürgermeister der Stadt Rowenki. Der Besuch erfolgt vom 22. Juni 2008 bis zum 26. Juni 2008. Drei ehemalige Zwangsarbeiter(innen) und je ein Familienangehöriger stehen auf der Besucherliste. Im Vorfeld dieser Einladung gab heftige Auseinandersetzungen und ein politisches Tauziehen, denn eigentlich hätten die Gäste bereits im November 2007 nach Dornbirn kommen sollen, doch diese erste Einladung scheiterte an diversen „Missverständnissen“.

Protokollauszug Stadtratssitzung (Dornbirn, 22. Jänner 2008)

Zu 9. Projekt "Rowenki" - weitere Vorgangsweise.

Der VORSITZENDE verliest das von Dr. Werner Bundschuh am 22.1.2008 an den Bürgermeister versandte E-Mail über das am Vortag (Montag, 21.1.2008) beim Bürgermeister stattgefundenen Gespräch zum Projekt "Rowenki".

Der VORSITZENDE führt weiters aus, dass es eine offizielle Einladung der Stadt geben werde. Die Größe der Delegation sei - lt. damaligem Schreiben - mit elf Personen beschränkt. Dr. Bundschuh werde sich bemühen, die Probleme, die sich in Rowenki ergeben haben, zu klären. Über die Höhe einer Spende werde entschieden, wenn bekannt ist, in welcher Form das Land mittut. Ein entsprechender Scheck soll dann im Beisein des Stadtratskollegiums an die Delegation überreicht werden. Lt. Dr. Bundschuh biete die Sekretärin des Bürgermeisters von Rowenki ausreichend Gewähr dafür, dass das Geld auch tatsächlich dorthin kommt, wo man es haben möchte.

Für ihn selbst sei nach den Feststellungen von Dr. Bundschuh die Sache aufgeklärt.

StR. Dr. Gabi SPRICKLER-FALSCHLUNGER bedankt sich für das Bemühen des Bürgermeisters, hier einen Weg zu finden.

StR. DI Martin KONZET schließt sich dem an. Es sei nun doch ein Fortschritt erzielt worden, sofern das Ganze auch tatsächlich ernst angegangen werde und auch die begleitenden Schritte wie "Erzählcafé" oder "Vortrag zum Thema Zwangsarbeit" stattfinden.

Auf diese zunächst gescheiterte Einladung nimmt Jutta Berger im „Standard“ vom 26. März 2008 Bezug:

Ausladung zurückgenommen

Dornbirn lädt ehemalige Zwangsarbeiter nun doch ein

Jutta Berger

Dornbirn – Eingeladen, ausgeladen, wieder eingeladen – die Irrungen und Wirrungen rund um den Besuch ehemaliger Zwangsarbeiter in Dornbirn scheinen nun doch ein gutes Ende zu finden. Ende Juni wird eine elfköpfige Delegation aus Rowenki/Ukraine in Dornbirn erwartet. „Ja, ein dreitägiger Besuch ist geplant und eingeladen wurde die Delegation von mir“, stellt Bürgermeister Wolfgang Rümmele (ÖVP) unmissverständlich fest.

SPÖ und Grüne hatten den Gesinnungswandel Rümmeles erreicht, nachdem vergangenen Dezember durch den STANDARD öffentlich wurde, dass Rümmele die vom Historiker Werner Bundschuh im Auftrag der Stadt übermittelte Einladung wieder rückgängig gemacht hatte.

Die peinliche Ausladung will man nun mit einem „Besuchsprogramm,

an dem noch gearbeitet wird“ (Rümmele) vergessen machen.

Vorbereitet wird der Besuch durch einen Vortrag von Margarethe Ruff und Werner Bundschuh über Zwangsarbeit in Dornbirn (heute, Mittwoch, 19.30 Uhr im Großen Sitzungssaal des Rathauses) und ein Erzähl-Café im Stadtarchiv am 7. April.

In Dornbirn mussten zwischen 1942 und 1945 rund 1200 Zwangsarbeitende, die meisten aus der Ukraine und Polen, für die nationalsozialistische Wirtschaft arbeiten.

Drei dieser Menschen, sie wurden bei den Illwerken und Dornbirner Textilfirmen zur Arbeit gezwungen, werden im Juni mit ihren Angehörigen nach Dornbirn kommen. Nicht nur um Politiker und historisch Interessierte zu treffen, sondern auch um Plätze ihrer schweren Jugend wiederzusehen, „ein sehnlicher Wunsch der alten Menschen“ (Bundschuh).

BÜRGERMEISTER DER STADT DORNBIRN



РОВЕНЬКІВСЬКА МІСЬКА РАДА

94700, м. Ровеньки
Луганської обл.
вул. Леніна, 41
UKRAINE

Sehr geehrte Damen und Herren!

Als Bürgermeister der Stadt Dornbirn ist es mir eine große Ehre, Sie zu einem freundschaftlichen Besuch nach Dornbirn einzuladen. Wir würden uns sehr freuen, Sie zwischen dem 22. und 26. Juni 2008 in Dornbirn zu treffen.

Für die nachgenannten Personen übernimmt die Stadt Dornbirn Reise-, Versicherungs-, Visa-, Flug- und Aufenthaltskosten:

- | | |
|-------------------------------------|--|
| 1. Онасенко Александр Александрович | – городской голова |
| 2. Ушакова Елена Павловна | – секретарь городского совета |
| 3. Глущенко Владимир Степанович | – заместитель городского головы |
| 4. Митасова Галина Владимировна | – переводчик |
| 5. Маркуш Василий Иванович | – главный врач |
| 6. Белая Ирина Антоновна | – бывшая угнанная на принудительные работы |
| 7. Макеева Нина Степановна | – бывшая угнанная на принудительные работы |
| 8. Скрипник Николай Федорович | – бывший угнанный на принудительные работы |
| 9. Федина Ольга Николаевна | – сопровождающий родственник Скрипник Н.Ф. |
| 10. Макеева Ольга Владимировна | – сопровождающий родственник Макеевой Н.С. |
| 11. Мельникова Евгения Сергеевна | – сопровождающий родственник Белой И.А. |

Mit freundlichen Grüßen

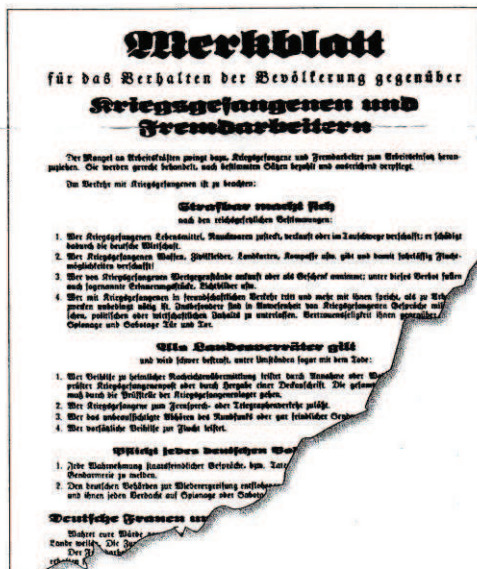

DI Wolfgang Rümmele

Dornbirn, 25. März 2008

Zur Vorbereitung der Einladung wurden zwei Veranstaltungen durchgeführt:

Zwangsarbeit während des 2. Weltkrieges in Dornbirn

Dr. Margarethe Ruff
Dr. Werner Bundschuh



Während der NS-Zeit wurden auch in den Dornbirner Fabriken, im Gewerbe und in der Landwirtschaft junge „Ostarbeiter“ und „Ostarbeiterinnen“ eingesetzt, die zum Teil unter Zwang aus ihrer Heimat nach Vorarlberg transportiert wurden. Hier machten sie sehr unterschiedliche Erfahrungen. Im Zuge eines Projekts für den österreichischen „Zukunftsfonds“ („Versöhnungsfonds“) waren die Vortragenden im letzten Jahr erneut in der Ukraine und haben dort die letzten noch lebenden Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen interviewt.

26. März 2008, 19.30 Uhr
Rathaus Dornbirn, Großer Sitzungssaal
€ 5,- Eintritt; erm. € 2,-

Erzählcafé

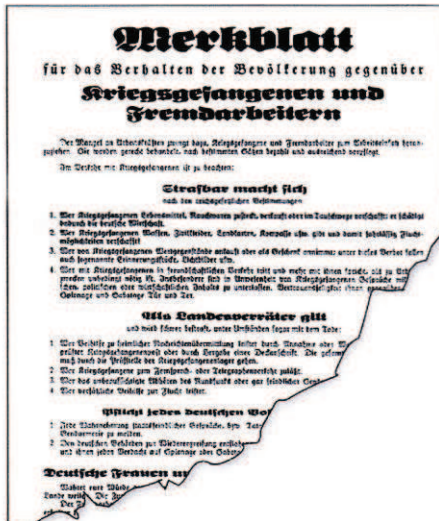
Dienstag, 8. April 2008, 15.00 Uhr
Stadtarchiv Dornbirn, Marktplatz 11
Freier Eintritt

Von „Ostarbeiterinnen“ und „Ostarbeitern“ - der 2. Weltkrieg in Dornbirn

Während der NS-Zeit wurden auch in den Dornbirner Fabriken, im Gewerbe und in der Landwirtschaft junge „Ostarbeiter“ und „Ostarbeiterinnen“ eingesetzt, die zum Teil unter Zwang aus ihrer Heimat nach Vorarlberg transportiert wurden. Hier machten sie sehr unterschiedliche Erfahrungen.

Was wissen Sie noch aus der Zeit des 2. Weltkriegs, was erzählten die Eltern?

Im Erzählcafé wird in entspannter Atmosphäre mit Kaffeehauscharakter von den Besucherinnen und Besuchern erzählt, wie es früher war. Veranstaltet im Rahmen des EU-Projektes „Roots & Wings“ gemeinsam mit der Stadtbücherei Dornbirn.



Die Dokumentation der Vorgeschichte dieser Einladung

Nach der Rückkehr von unserer Feldforschung in Rowenki Anfang April 2007 wandten wir uns am 29. April 2007 mit einem Schreiben an den Bürgermeister der Stadt Dornbirn, Dipl. Ing. Wolfgang Rümmele. Wir regten den Besuch ehemaliger ZwangsarbeiterInnen in Dornbirn und eine „Städtepartnerschaft mit Rowenki“ an. (Anhang 1).

Der Gedanken einer „Städtepartnerschaft“ wurde im Mai bei einem Gespräch mit dem Herrn Bürgermeister (aus organisatorischen Gründen und mit dem Hinweis auf Schwierigkeiten, die sich aus einer solchen Partnerschaft ergeben) verworfen und durch die „Einladung einer Delegation aus Rowenki“ ersetzt. Außerdem wurde die Kostenaufteilung angedacht. Die eine Hälfte der Kosten sollte die Stadt Dornbirn übernehmen, die andere Hälfte das Land Vorarlberg. Eine andere Variante ging von der Dreiteilung aus: 1/3 die Stadt Dornbirn, 1/3 das Land Vorarlberg und 1/3 die „Vorarlberger Illwerke AG“.

Die Kostenschätzung ging bei max. 20-30 Personen in die Größenordnung von 20.000 Euro, die endgültige Projektkostenaufstellung sollte sich aus der tatsächlichen Anzahl der Kommenden ergeben.

Die weitere Projektvorbereitung wurde vom Bürgermeister dem Dornbirner Stadtarchivar Mag. Werner Matt (in Zusammenarbeit mit den „Projektbetreibern“) übertragen.

Damit war das doppelte Ziel der zu leistenden Vorbereitungsarbeiten klar:

- a) Auf der einen Seite ging es um die Einladung der letzten noch reisefähigen ehemaligen Zwangsarbeiter/innen an jene Orte in Vorarlberg, an denen sie zwangsweise einen Teil ihrer Jugend verbringen mussten.
- b) Um die Einladung einer offiziellen Delegation aus jener Stadt, die für Dornbirn in Hinblick auf die Zwangsverschleppungen in der NS-Zeit eine besondere Relevanz hat: Rowenki.

In den folgenden Kontaktschreiben mit der Stadtverwaltung von Rowenki (ab Juni 2007) ging es also auch um die Reisevorbereitung einer offiziellen Delegation aus Rowenki. Der Besuch einer elfköpfigen Delegation wurde schließlich nach monatelangen Vorbereitungsarbeiten für den 4.- 8.11.2007 fixiert. Damit sollte ein „historischer Versöhnungsakt“ in Hinblick auf die NS-Vergangenheit der Stadt Dornbirn gesetzt werden.

Ein wesentlicher Aspekt bei dieser Einladung nach Dornbirn war die Überlegung, dass der Bürgermeister von Rowenki den gesundheitlichen Folgen der Zwangsarbeit konfrontiert ist: Die Gesundheitsausgaben in Rowenki sind zum Teil durch die Folgen des während des Zwangsaufenthalts in Dornbirn/Vorarlberg erlittenen Gesundheitsschadens bedingt und belasten heute das Sozial-/Gesundheitsbudget der Stadt Rowenki. Ein Beispiel dafür ist Maria Eroschenko.



Ehemalige Zwangsarbeiterin Marija Jeroschenko. Sie war als 14jährige in einer Dornbirn Textilfabrik und wurde wegen Hungerödeme ins Dornbirner Spital gebracht. Sie hat sich damals „die Gesundheit ruiniert fürs Leben. Leber, Herz, Nieren“. Seit damals benötigt sie Medikamente, die für sie unerschwinglich sind. (Gespräch mit Werner Bundschuh, Ostern 2007 in Rowenki).

Andere Gesprächspartner/innen hatten es im April 2007 als ihren größten Lebenstraum/-wunsch bezeichnet, noch einmal den „Ort ihrer Jugend“ besuchen zu können.

Am 11. Juni 2007 erging jenes Schreiben nach Rowenki, in dem die Einladungsabsicht „der Stadt Dornbirn“ kundgetan wurde. (siehe Anhang 2)

In diesem Schreiben wurden die Eckpunkte („Bürgermeister soll dabei sein, damit diese Einladung Gewicht bekommt“/Termin November/Mitarbeit der Stadtverwaltung in Rowenki bei der Suche nach Reisefähigen usw....) festgelegt und nach Rowenki kommuniziert.

Im Rückblick zeigt sich an dieser Stelle die prinzipielle Problematik der Vorgangsweise bei diesem Einladungsprojekt : Die Zuständigkeiten zwischen der Stadt Dornbirn/dem Bürgermeister – dem beauftragten Stadtarchivar und den Projektbetreibern blieb unklar, sie wurden nicht verschriftlicht, so dass die handelnden Personen „in gutem Glauben“ vor sich hingewerkelt haben. Denn am 1. Oktober 2007 stoppte der Bürgermeister die Einladung und wählte „eine andere Vorgangsweise“. Daraus entwickelte sich in der Folge ein veritabler Konflikt, der medialen Niederschlag fand. Diese Auseinandersetzung soll im Folgenden nachgezeichnet werden.

Ursprünglich wurde von uns die Zahl der möglichen reisewilligen ehemaligen ZwangsarbeiterInnen zunächst mit ca. 15 angegeben. Die erste Antwort aus Rowenki machte jedoch augenblicklich klar, dass diese Zahl (aus verschiedenen Gründen) nicht zu erreichen war (Anhang 3).

Von diesem Zeitpunkt an war die Vorbereitung auf eine geringere Personenzahl ausgerichtet.

Der Kontakt zwischen dem Stadtarchivar Mag. Werner Matt und dem Bürgermeister der Stadt Dornbirn legte in der Folge die weiteren Rahmenbedingungen fest: Unter anderem wurde auch geklärt, dass der Stadtarzt von Rowenki, Dr. Vasiliy Markush, mitkommen kann.

Auch der Termin des Besuchs wurde zu diesem Zeitpunkt mit dem Terminkalender des Dornbirner Bürgermeisters abgeklärt. Denn er sollte zum Zeitpunkt des Besuchs für einen Empfang seines Amtskollegen aus Rowenki und der anderen Gäste zur Verfügung stehen. Daraus ergab sich der Zeitraum vom 4.-7.11.2007 (nach Abklärung der Flugmöglichkeiten aus Donezk Verlängerung auf 8.11.) Die definitive Rückantwort aus Rowenki erfolgte am 17.9.2007.

Zentrale Frage zu diesem Zeitpunkt war, ob die Passbeschaffung in der Ukraine erledigt und die Visaerteilung für alle Personen vorbereitet war. Einige Personen kamen auf Grund eines fehlenden Passes für die Reise zu diesem Zeitpunkt nicht in Frage – zwei Monate Vorbereitungszeit für die Passerteilung bedeuteten, dass diese Personen erst im Frühling nach Österreich kommen hätten können. Deshalb wurde der Entschluss gefasst, die 14köpfige Rowenki-Liste auf elf Personen zu reduzieren.

Um den Visaantrag rechtzeitig zu erhalten, wandte sich der Stadtarchivar an die österreichische Botschaft in Kiew. Zu diesem Zeitpunkt ging auch der Herr Stadtarchivar offensichtlich noch von „einer Einladung des Bürgermeisters“ aus.

Am 21.9.2007 war – nach monatelangen – intensiven Vorbereitungen, die endgültige Teilnehmerliste fixiert und es konnte an die technische Abwicklung (endgültige Visaerteilung durch die österreichische Botschaft in Kiew, Versicherung, Flug, Abholdienst in Innsbruck /Unterbringung etc.) gedacht werden. Zu diesem Zeitpunkt bat der Stadtarchivar den Herrn Bürgermeister, er möge die jetzt fix und fertige Einladeliste unterzeichnen, damit sie u.a. nach Kiew an die österreichische Botschaft geschickt werden könne.

Auch ein persönliches Schreiben an den Landeshauptmann von Vorarlberg, Dr. Herbert Sausgruber, war zu diesem Zeitpunkt erfolgt.

Am Freitag, dem 28.9.2007, sollten im Dornbirner Rathaus die Details dieser Einladung besprochen werden.

Das Gespräch diente den Beamten zur Vorbereitung der Stadtratsitzung vom 2.10.2007. Herr Elmar Klocker machte bei diesem Gespräch auf ein Problem aufmerksam, das in der Vorbereitungsphase nicht beachtet worden war: Er stellte die juristische Frage, wer für den Schaden aufkomme, der durch die Versicherungspolizze nicht gedeckt sei (Schadensfall über 30 Mill. Euro) – und damit die Frage, wer für die Versicherung die „einladende Person“ (Stadt Dornbirn od. Projektbetreiber Bundschuh/Ruff) sei. Seitens der Projektbetreiber stellte Werner Bundschuh klar, dass es doch nicht sein könne, dass er ein theoretisches Risiko für den Amtskollegen des Bürgermeisters von Dornbirn, die offizielle Delegation aus Rowenki, übernehmen müsse...Dieser Meinung schloss sich auch der Stadtarchivar an. Bei diesem Stand der Dinge endete die Unterredung mit den städtischen Beamten Josef Wohlgenannt und Elmar Klocker.

Am Montagabend (1.10.2007) teilte der Bürgermeister dem Stadtarchivar und mir mit, dass die Stadt Dornbirn nun „einen anderen Weg“ einschlage, er eine andere Entscheidung gefällt habe („Wir machen es anders“). Es werde keine Delegation nach Dornbirn kommen, sondern die Stadt unterstütze in Rowenki ein näher zu bestimmendes Projekt finanziell. Was letztlich zu dieser politische Entscheidung geführt hat, bleibt unklar. Dr. Jürgen Kessler (Büro Landeshauptmann Dr. Herbert Sausgruber) bezeichnete diese Entscheidung als diplomatischen „Dornbirner Kollateralschaden“.

Der Stadtarchivar erhielt noch am Abend des 1.10. den Auftrag, das Absageschreiben an das Bürgermeisteramt von Rowenki zu verfassen.

Am Abend des 1.10. 2007 machte ich den Bürgermeister auf die Folgen dieser Vorgehensweise aufmerksam, erklärte mich jedoch bereit, gemeinsam mit Koll. Ruff für eine geordnete Mittelvergabe in der Ukraine über unsere Kanäle zu sorgen. Eine andere Wahl blieb nicht, nachdem das ursprüngliche Anliegen, ein „Versöhnungstreffen“ der beiden Bürgermeister zustande zu bringen, durch die Entscheidung des Bürgermeisters von Dornbirn gescheitert war. Nunmehr ging es ausschließlich um die Realisierung des humanitären/sozialen Aspekts des Unternehmens.

Gespräche in den nächsten Tagen mit den zuständigen Landesstellen zeigten, dass in Informationen des Dornbirner Bürgermeisters hinsichtlich der Landesposition zumindest sehr missverständlich waren. Dipl. Ing. Rümmele stellte in der Folge fest, dass von einer „Einladung der Stadt Dornbirn“ keine Rede sein könne, da er das vorgelegte Schreiben nicht unterzeichnet habe: Über den Stadtjuristen Dr. Gebhard Küng ließ er ausrichten:

„In diesem Zusammenhang möchten wir nochmals betonen, dass seitens der Stadt Dornbirn nie eine Einladung ausgesprochen worden ist.“ (Schreiben Dr. Gebhard Küng, 20.12.2007)
Die Feststellung, dass die Stadt Dornbirn „keine Einladung“ ausgesprochen habe, artikuliert der Bürgermeister auch in einem Interview im „Standard“ vom 9.12.2007 (Anhang 4).

In der Zwischenzeit hatte der Bürgermeister wegen seines Vorgehens eine Reihe von Protestbriefen erhalten. So auch von Dr. Paul Ladurner, dem Obmann des Pauliner-Vereins in Schwaz.

Am 25.10.2007 enthüllte der Tiroler Bischof Dr. Manfred Scheuer in Schwaz im Paulinum eine Gedenkstele an Josef King (1922-1945) aus Hörbranz, eines Schülers dieses Internats, der am 24. April 1945 durch Genickschuss im KZ Mauthausen ermordet wurde. Er hatte als Dolmetscher der Gestapo

in Bregenz und Lindau Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern aus dem Osten geholfen und ihnen Informationen geliefert. Meinrad Pichler schreibt dazu in seiner King-Biographie:

„Lange Zeit hatte die Gestapo nicht geahnt, dass sie einen politisch Oppositionellen und Freund der diskriminierten FremdarbeiterInnen als Dolmetscher hatte. Doch zu Jahresanfang 1944 wurde ein übergelaufener Ukrainer zu Verhören beigezogen, bei denen King übersetzte. Vielleicht hatte die Tatsache, dass sich die Vernommenen recht geschickt verhalten hatten, Verdacht erweckt. King hat diese Vertrauenskrise aber überstanden und weiterhin die Aussagen der Verhafteten ins Deutsche „verbessert“.

Bei seinen Lagerbesuchen ist er ganz offensichtlich auch mit russischen Widerstandsgruppen in Verbindung gekommen und hat für diese gearbeitet. In diesem Zusammenhang wurden Flugblätter hergestellt, in denen die aus der Sowjetunion stammenden ArbeiterInnen über die militärische Wende informiert und auch zu Sabotageakten ermutigt wurden. Die in Bregenz in einem Haushalt beschäftigte Ukrainerin Sina Sidorowna legte ein solches Flugblatt, das sie von King erhalten hatte, einem Brief an eine Landsfrau in Bayern bei. Der ungewöhnlich dicke Brief fiel auf, wurde deshalb von der Münchner Zensurstelle geöffnet und die Absenderin kurz darauf in Bregenz verhaftet.

„Ich sollte noch damals sterben. Ich wurde gequält, geschlagen, ich wurde gezwungen zu sprechen das, was ich nicht gemacht habe. Mehrere Male wurden wir vom Bregenzer Kerker nach dem Innsbrucker Kerker geliefert und am Ende nach dem Wiener Kerker und von Wien ins KZ.“

(Pichler, Meinrad: Der Vorzugsschüler im Widerstand. Gelebte Humanität, praktiziertes Christentum: Josef Anton King [1922 – 1945] aus Hörbranz. In: Derselbe, Quergänge - Vorarlberger Geschichte in Lebensläufen, Hohenems 2007, S. 238 – 251, hier S. 247)

Im Mai 1995 empfing Landeshauptmann Dr. Martin Purtscher Sinaida Wassiljwa-Hapitsch (Sidorowna) aus der Ukraine in Vorarlberg und entschuldigte sich bei ihr stellvertretend namens der Landesregierung für das den Fremd- und Zwangsarbeitern und -innen einst in Vorarlberg zugefügte Unrecht. (siehe Einleitung zu Ruff, Margarethe: Um ihre Jugend betrogen).

Dr. Paul Ladurner hoffte, dass der Besuch aus Rowenki vielleicht weitere Informationen über den „Märtyrer“ Josef Anton King liefern könnte. Nach der Absage des Besuchs schrieb er am 12.11.2007 an Bürgermeister Rümmele:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Paulinerverein, dem ich als Obmann vorstehen darf, stellt ein Sammelbecken der ehemaligen Maturanten des Bischöflichen Gymnasiums Paulinum in Schwaz dar. Er zählt 800 Mitglieder und noch einmal so viel Sympathisanten, durchwegs Absolventen eben dieses Gymnasiums.

Aus Anlass unseres 25jährigen Bestands hat mein Vorstands beschlossen, dem Vorarlberger Pauliner Josef Anton King aus Härbranz im Paulinum eine Gedenkstele zu setzen. Das Mittelschulstudium Kings im Paulinum wurde durch den Anschluss Österreichs an Deutschland unterbrochen. Wegen seiner hervorragenden sprachlichen Kenntnisse wurde er in der Folge in Vorarlberg von der GESTAPO als Dolmetscher bei Verhören und Vernehmungen eingesetzt. Offenbar unter dem Eindruck des vielen Leids, mit dem er konfrontiert wurde und aus einer grundsätzlich positiv-christlichen Haltung heraus hat King versucht, so viel als möglich den ukrainischen Kriegsgefangenen und auch Zwangsverpflichteten zu helfen. Unter anderem hat er in ukrainischer bzw. russischer Sprache Flugzettel hergestellt und verteilt, in denen er die Ukrainer über den Verlauf der Front im Westen und im Osten informierte und ihnen - es war dies bereits im Jahre 1944 - auf diese Weise Hoffnung gemacht. Eine zwangsverpflichtete Ukrainerin schickte einen solchen Flugzettel per Post an eine andere zwangsverpflichtete

Landsmännin. Diese Post wurde abgefangen. Die Absenderin unter Folter verhört, bis sie den Namen des Autors, nämlich des Josef Anton King preis gab. Dieser wurde hierauf verhaftet und am 24. April 1945 im KZ Mauthausen ermordet.

Das war für uns Grund genug, ihm eine Ehrenstele zu widmen.

Nun haben wir in Erfahrung gebracht, dass die Gemeinde Dornbirn eine Gruppe ukrainischer Zwangsverpflichteter zu einem Besuch nach Dornbirn eingeladen und in der Folge wieder ausgeladen hat. Unser Komitee - zu dem ua. auch der Altbischof Dr. Reinhold Stecher gehört - ist über diese Vorgangsweise entsetzt und empört. Abgesehen von der menschlich sehr fragwürdigen Haltung hätte der Besuch dieser ukrainischen Zwangsverpflichteten möglicherweise weiteren Aufschluss über Josef Anton King und seine Arbeitsweise im Untergrund erbracht (zumal es diesbezüglich nicht viel Informationen gibt) und uns geholfen, das Bild dieses Vorarlberger Märtyrers noch schärfer herauszuzeichnen. Das ist durch ihre unverständliche und kränkende Vorgangsweise nunmehr unmöglich gemacht.“

Univ.-Prof. Peter Stöger (Universität Innsbruck) wandte sich ebenfalls an den Bürgermeister:

Univ.-Prof. Dr. PETER STÖGER
Innstraße 39
A-6020 Innsbruck (Austria)
Telefon (0512) 2 88 4 13

Innsbruck, 1. 11. 07

Sehr geehrter Herr Bürgermeister
Dipl. Ing. Wolfgang Rummel!

Ihre Einladung und Wieder-Ausladung
der ukrainischen Gedächtnisfeierdelegation
durch Ihre Gemeinde anfangs November
hat sich in akademischen/universitären
Kreisen herumgesprochen.

Da ich mit der Ukraine als Ehrenobmann
Träger einer ukrain. Universität
und als langjähriges wissenschaftliches
Mitglied der Zwangsarbeiterforschung
Annekathacin Mendel um die
so sensible, auch psychisch sensible
Thematik, dieses Thema weiß,
bin ich von dieser Politik der
Ein- und Ausladung mehr als
irritiert.

Diese Menschen haben ein Ehrgefühl.
Sie können sich gar nicht vorstellen

wie verblüffend sich eine
Erschütterung, die eine Ausladung folgt,
auf die Befindlichkeit dieses
Menschen auswirkt.

Sie haben die beste Zeit ihres jungen
Jahre zwangsverpflichtet verstreichen
müssen, wurden kaum entschädigt
und wenn dann nur symbolisch
und nun wird Ihnen auch noch
die Erde genommen.

Schlimmeres kann gar nicht
passieren.

Ich lege auf diesem Wege meinen
schärfsten Protest ein und werde
mir erlauben meine FachkollegInnen
und meine Hörerschaft über die
Form in persönlicher Gastfreundschaft
zu pflegen und mit der Notwendig-
keit umzugehen zu informieren.

Mit Enttäuerung und Gorn
zeitliche ich.

hochachtungsvoll

Peter Höger

Nach dem "Standard"-Interview des Bürgermeisters vom 5.12. 2007 („Ohne Einladung auch keine Ausladung“) (Anhang 4) habe ich den VN-Leserbrief abgefasst (Anhang 5 - Originalversion). Als Vorbild für die „Versöhnungsbegegnung“ Dornbirn –Rowenki diente den Projektbetreibern der Vorarlberg-Besuch des Exilchefs der ukrainischen Krimtataren in den USA, Fikret Yurter, mit dem wir in ständigem Kontakt sind: Herr Dipl. Ing. Fikret Yurter lebt heute in den USA. Er und seine Familie scheinen auf der „Entschädigungsliste des Landes Vorarlberg“ auf. Er hat einen Teil seiner Jugend in Alberschwende verbracht. Vor zwei Jahren war in Österreich/Vorarlberg auf Besuch und hat das Geld des Entschädigungsfonds der Volksschule Alberschwende gespendet. Dieser Besuch war Anlass für eine ORF-Dokumentation, außerdem wurde Herr Fikret Yurter vom damaligen Bundeskanzler Dr. Schüssel empfangen:

(Anhang 1)

Projektausgangsschreiben:

An den Bürgermeister
der Stadt Dornbirn
Oberstudienrat Dipl. Ing. Wolfgang Rümmele
Rathaus
A 6850 Dornbirn

Dornbirn, 29. April 2007

Betreff: Ehemalige Zwangsarbeiter/innen in der Ukraine – Brücken bauen in die Zukunft

Lieber Herr Bürgermeister, lieber Wolfgang!

Frau Dr. Margarethe Ruff und ich arbeiten derzeit an einem Projekt im Rahmen des „Zukunftsfonds der Republik Österreich“ mit dem Titel „Brückenschlagen – ehemalige Zwangsarbeiter(innen) aus der Ukraine zwischen Rückkehr und neuer Heimat (Region Vorarlberg).“

Im Zuge dieses Projektes waren wir vom 31. März bis zum 7. April 2007 in der Ukraine, im Sommer wird eine weitere Reise dorthin stattfinden.

Wie im Jahre 1998 waren wir wieder im Raum Luhansk/Rowenki, aus dem die meisten Fremd- u. Zwangsarbeiter/innen stammen, die in Dornbirn waren. Wir konnten noch zahlreiche Interviews führen, u.a. auch mit jener Ukrainerin, die einst beim NS-Bürgermeister Dreher im „Weißen Kreuz“ war. Da auch die Großmutter des Bürgermeisters von Rowenki eine ehemalige Zwangsarbeiterin in Dt. war, stießen wir beim Bürgermeisterempfang auf großes Interesse für unsere Arbeit. Auch hat sich seit unserem letzten Besuch – der in lebhafter Erinnerung geblieben ist – die Stimmung durch die österreichischen Entschädigungszahlungen geändert.

Ich habe es immer für ein Manko gehalten, dass es 1998 – auf Grund der bekannten Problemlage im Umgang mit ehemaligen Fremd- bzw. Zwangsarbeitern/innen auch in Vorarlberg – nicht dazu gekommen ist, dass eine Reise nach Dornbirn organisiert wurde.

Nun ist es für viele Betroffenen auf Grund des biologischen Alters z.T. natürlich schwierig bzw. unmöglich nach Vorarlberg zu kommen. Aber es gibt diesen Wunsch immer noch – und vor allem möchten die Kinder jenes Land kennen lernen, von dem ihre Eltern/ein Elternteil so viel erzählt haben. Und die Erzählungen/Erinnerungen, die wir dokumentiert haben, sind sehr vielfältig!

- 1) Ich rege deshalb noch einmal an, eine solche Fahrt von ehemaligen Fremd- und Zwangsarbeiter(innen) + ihren Kindern/Nachkommen zu organisieren (Zeit drängt allerdings!!)
- 2) Ich rege an, mit der Stadt Rowenki Kontakt aufzunehmen, die Beziehungen zu intensivieren, mit dem Ziel, eine Form der Städtepartnerschaft Dornbirn-Rowenki (eventuell Luhansk) in die Wege zu leiten.

Mit freundlichen Grüßen



Empfang beim Bürgermeister von Rowenki

(Anhang 2)

Schreiben 11.Juni 2007 an das Rathaus von Rowenki z.H. des Bürgermeisters:

Bei unserem Besuch in Rowenki anlässlich unseres Projektes „Brücken schlagen“ wurde von den Interviewten ehemaligen Ostarbeitern(innen) öfters der Wunsch nach einem Besuch in Vorarlberg geäußert. Wir freuen uns sehr, Ihnen als Folge unseres Projekts die Einladung der Stadt Dornbirn für alle ehemaligen Zwangsarbeiter übermitteln zu können.

Der Bürgermeister der Stadt Dornbirn würde sich sehr freuen, wenn auch der Herr Bürgermeister der Stadt Rowenki in Begleitung von Herrn mitkommen würde.

Personenkreis: Alle ehemaligen Zwangsarbeiter(innen) aus Rowenki und der näheren Umgebung, die in Vorarlberg gearbeitet haben – in Begleitung eines Angehörigen.

Termin: Voraussichtlich Oktober 2007

Dauer: ca. 3 – 4 Tage – Flug von einem nahe gelegenen Flughafen.

Weiters fragen wir höflich an, ob Sie uns bei der Organisation der Reise in Rowenki (Erfassung der reisewilligen Personen, Passanträge, Auskünfte, Busfahrt zum Flughafen etc.) behilflich sein könnten. Selbstverständlich werden alle anfallenden Kosten von der Stadt Dornbirn übernommen.

Die Reise sollte von einem Dolmetscher(in) begleitet werden, deshalb unsere Frage: Können Sie uns jemand empfehlen, der bereit wäre, als Dolmetscher(in) für die deutsche Sprache die Reisenden zu begleiten und uns als Ansprechpartner bei eventuellen organisatorischen Fragen zu helfen? Falls hierfür eine deutsch sprechende Lehrkraft aus einer Schule in Rowenki zur Verfügung stünde, wäre dies für die Weiterführung unseres Projektes „Brücken schlagen“ von Vorteil.

Da bei einem Termin Oktober für die Erfassung der reisewilligen Personen, für die Flugreservierung und Organisation nur wenig Zeit bleibt, wären wir sehr dankbar, wenn Sie uns möglichst bald per E-Mail Bescheid geben könnten, ob Sie uns bei der Organisation der Reise helfen können und ob Sie die Flugreise nach Vorarlberg antreten möchten.

Von: Svyatoslav [mailto:shovhera@gmail.com]

Gesendet: Montag, 09. Juli 2007 11:27

An: Margarethe Ruff

Betreff: Re: Reise in die Ukraine

Übersetzung:

Hallo, sehr geehrte Margarethe Ruff!

Wir sind Ihnen für die Einladung nach Österreich sehr dankbar. Wir sind bereit bei der Organisation der Reise mitzuhelfen, 4 Ostarbeiter haben schon ihre Zustimmung bei der Teilnahme an dieser Reise gegeben, und zu ihrer Begleitung haben sich ihre Angehörige und die Vertreter der Stadtverwaltung, nämlich der Sekretär des Stadtrates und der Vertreter des Bürgermeisters, bereit erklärt. Als Dolmetscher, die Gruppe könnte der Lehrer der deutschen Sprache einer der Gymnasien unserer Stadt begleiten. Wir bitten um die Mitteilung welche Papiere die Mitglieder der Delegation vorbereiten sollen.

Wir hoffen auf den weiteren Kontakt.

Mit besten wünschen

Sekretär des Stadtrates

Ushakova Elena Pavlovna

РОВЕНКОВСКИЙ ГОРОДСКОЙ СОВЕТ ЛУГАНСКОЙ ОБЛАСТИ
ИСПОЛНИТЕЛЬНЫЙ КОМИТЕТ
ул.Ленина,41, г.Ровеньки, Луганская обл., 94700, Украина,
тел. (8 06433) 5-01-21, факс (8 06433) 5-07-88
E-mail: risk@ukrpost.ua

от 13.07.2007г. №1600

емая Маргарет Руфф!

Исполком Ровеньковского городского совета направляет Вам информацию по составу делегации для поездки в Австрию

СПИСОК

руководящего состава делегации для поездки в Австрию

1. Онасенко Александр Александрович - городской голова
2. Ушакова Елена Павловна - секретарь городского совета
3. Глущенко Владимир Степанович - заместитель городского головы

СПИСОК

состава делегации для поездки в Австрию

№ п/п	Ф.И.О. остарбайтеров	Год рождения	дом. адрес, № телефона	Ф.И.О. сопровождающего	Степень родства	Дом. адрес, № телефона
1.	Ерошенко Мария Григорьевна	1926	г.Ровеньки, ул.Глиники,26	Слынько Валентина Николаевна	дочь	г.Ровеньки-6, ул.Глиники,26 80688702631
2.	Скрыпник Николай Федорович	1926	п.Пролетарский, ул.Кирова,58	Федина Ольга Николаевна	дочь	п.Пролетарский, ул.Кирова,58 80667230250
3.	Макеева Нина Степановна	1928	п.Михайловка, ул.Ватутина,46 62-3-44	Макеева Ольга Владимировна	внучка	п.Михайловка, ул.Ватутина,46 80664921986
4.	Белая Ирина Анатольевна	1921	п.Дзержинского, ул.Крымская,6	Мельникова Евгения Сергеевна	внучка	п.Дзержинского, ул.Пестова,20/3 80958643681

Городской голова

А.А.Онасенко

Anhang 4

DER STANDARD, Printausgabe, 5. Dezember 2007

Ohne Einladung auch keine Ausladung

Kontroverse zwischen Bürgermeister und Historiker über Zwangsarbeiter-Besuch

Dornbirn - Hat die Stadt Dornbirn eine Delegation ehemaliger Zwangsarbeiter eingeladen und dann wieder ausgeladen, oder war alles nur ein Missverständnis? Bürgermeister Wolfgang Rümmele (ÖVP): "Es gibt keine Ausladung, weil es keine Einladung gegeben hat."

Tatsache ist, dass sich in Rowenki/Ukraine drei alte Menschen samt Bürgermeister auf eine Reise nach Dornbirn vorbereitet hatten und mit Schreiben vom 5. Oktober erfuhren, dass sich Dornbirn für "eine andere Form der Begegnung und Unterstützung entschieden hat".

Die Vorgeschichte: Die Historikerin Margarethe Ruff und ihr Kollege Werner Bundschuh befassen sich in ihrem Forschungsprojekt "Brücken schlagen" mit Rückkehr und Migration ehemaliger Zwangsarbeiter. Bundschuh: "Bei früheren Besuchen in der Ukraine haben wir erfahren, dass der größte Wunsch mancher alter Leute nicht die materielle Entschädigung, sondern ein Besuch jener Orte ist, an dem sie den Großteil ihrer Jugend verbringen mussten."

Bundschuh suchte potenzielle Gastgeber und fand sie in der Stadt Dornbirn. Monatlang wurde vorbereitet. Ein reger Mailverkehr zwischen Dornbirn und Rowenki entstand. Die Stadt kontaktierte auch die Botschaft in Kiew wegen der Visa. "Es war schwierig, weil immer mehr aus gesundheitlichen Gründen absagen mussten, schließlich trauten sich drei die Reise zu", erzählt Bundschuh. Begleitet von Angehörigen und Bürgermeister sollten sie am 4. November nach Dornbirn kommen.

Geld statt Besuch

Am 1. Oktober beschloss der Bürgermeister, "dass nun alles anders ist" (Bundschuh). Es sei doch klüger, statt des Besuchs der drei Einzelpersonen eine allgemeine Einrichtung in Rowenki zu finanzieren, entschied Rümmele. Die 15.000 bis 20.000 Euro würde die Stadt gerne an ein Altenprojekt überweisen.

Dass er die Delegation ausgeladen habe, sei eine "mutwillige Auslegung", er habe keine formelle Einladung geschickt. "Wir haben geprüft und vorbereitet, das Wollen war da, aber eine formelle Einladung war das nicht", sagt Stadtarchivar Werner Matt, der mit den Besuchsvorbereitungen beauftragt war.

"Für mich war das eine Einladung, auch wenn sie nicht abgeschickt wurde", sagt Bundschuh. In Rowenki dürfte man das ähnlich sehen. Bundschuh: "Wir bekommen auf unsere Mails keine Antwort mehr."

Jutta Berger

Vorarlberger Nachrichten, 10. Dezember 2007

Ohne Einladung keine Ausladung!

Nie würde ich behaupten, dass der Bürgermeister der Stadt Dornbirn "ehemalige [Zwangsarbeiter/innen aus Rowenki/Ukraine](#) und seinen Bürgermeisterkollegen" "eingeladen" hat!

Nach monatelangen Vorbereitungen standen elf Personen auf der Visaliste (eine städtische Delegation sowie letztlich drei reisefähige ehemalige Zwangsarbeiter und Angehörige). Eine solche arbeitsintensive Vorbereitung kann man allerdings nicht als "Einladung" bezeichnen (auch wenn eine städtische Einrichtung - das Stadtarchiv - in enger Absprache mit dem Rathauschef an dieser Liste mitgewirkt hat). Dass ein Termin fixiert wurde (4.11.-8.11.2007), die Flugzeiten feststanden, an das Land Vorarlberg ein Finanzierungsbeitragsansuchen (Zwangsarbeiterthema ist auch Landessache!!) gestellt wurde - all das kann doch noch nicht den Terminus "Einladung" rechtfertigen! Und wo nicht eingeladen wird, wird auch nicht ausgeladen!

Richtig ist, dass der Bürgermeister von Dornbirn am Wochenende vom 29.9. den geplanten Besuch platzen ließ: Keine Delegation aus Rowenki nach Dornbirn, das projektierte Geld wird in die Ukraine überwiesen. Das ist doch mehr als nobel!

In Rowenki herrscht eine andere Sichtweise: Der Bürgermeister von Rowenki und sein Team, das den Historiker-Gästen aus Vorarlberg bei ihren Feldforschungen so behilflich war, wollte Kontakte knüpfen, die ehemaligen Zwangsarbeiter wollten den Ort ihrer Jugend noch einmal sehen und durch einen Empfang ein Stück ihrer Würde zurückerhalten - alles für sie wichtiger als Geld. Aber selber schuld, wenn sie sich gefreut haben: Eine Einladung ist erst eine Einladung, wenn die endgültige Liste vom Dornbirner Bürgermeister offiziell abgesegnet wird. Dass die Besucherzahl wegen Krankheit u.ä. (die nunmehrigen Gäste sind über 80!) kürzer wurde: ihr Pech! Und wegen dieser letzten Reisefähigen lohnt sich der ganze Aufwand doch wirklich nicht! Schließlich hat das Land sogar schon in den "Versöhnungsfonds" eingezahlt! Diese lästigen Historiker sollen uns mit dem Thema "Zwangsarbeit" doch endlich in Ruhe lassen! Soziale Einrichtungen in Rowenki unterstützen wir ja, was wollen die denn noch mehr?

Dr. Werner Bundschuh